

## Offenburg findet sich mit Abtrennung Ortenbergs nicht ab

Oberbürgermeister Heitz nahm auf CDU-Versammlung zur Zielplanung Stellung — Zentralitätsverlust Offenburgs zugunsten Freiburgs? — Schulprobleme durch Geburtenrückgang und Aushungerung der Hauptschule

Oberbürgermeister Heitz nahm auf dem von der Stadtgruppe Offenburg der CDU veranstalteten kommunalpolitischen Ausspracheabend am Dienstag im Saal von Hl. Kreuz zum Vorschlag der Landesregierung beim Start der dritten Anhörungsrunde zur Gemeindereform Stellung. Unter dem Beifall der Anwesenden erklärte der Oberbürgermeister, daß sich die Stadt Offenburg mit der Abtrennung Ortenbergs vom Raum Offenburg niemals einverstanden erklären werde. Heitz begründete zunächst, welche Schwierigkeiten einer jeglichen Gemeindereform grundsätzlich entgegenstünden: Tradition, starkes Gemeindebewußtsein, lebendiges Miteinander. Wenn aber, wie es vor allem die jungen Bürger wollen, auch in Zukunft lebensfähige Verwaltungen bestehen sollen, die den Anspruch auf gleiche Lebensbedingungen erfüllen können wie in den Städten, dann müsse zwischen der Eingemeindung und dem bloßen Nebeneinander eine andere Form gefunden werden.

Offenburg, so fuhr Heitz fort, könne sich rühmen, mit seinem Modell der Ortschaftsverfassung eine Mitte zwischen diesen beiden Extremen gefunden zu haben: Gemeinsamkeit, wo notwendig, Selbständigkeit, wo möglich und wünschenswert. Die Stadt Offenburg habe sich viel Mühe gegeben, und der Erfolg sei ersichtlich: Selbst frühere Gegner in den angeschlossenen Randgemeinden wollten heute den Anschluß nicht mehr rückgängig machen.

Um so mehr müsse man sich jetzt über den Vorschlag der Landesregierung zur Zielplanung wundern. Man brauche kein Planer zu sein, um festzustellen, daß Ortenberg mit der Stadt das Herz der Ortenau bilde. Es gebe andere, größere Gemeinden als Ortenberg, die heute zu Offenburg gehören. 651 Ortenberger arbeiten in Offenburg, das seien rund 52 %; mehr als 100 Kin-

der besuchen Offenburger Schulen, abgesehen davon, daß Krankenhäuser und kulturelle Einrichtungen von Ortenberger Bürgern beansprucht wurden.

In der Diskussion wurde gefragt, ob die Zielplanung des Landes Aussicht habe, Wirklichkeit zu werden. Oberbürgermeister Heitz erklärte dazu, daß nicht allein die Stadt Offenburg, sondern auch eine Reihe von anderen Gemeinden Einspruch erheben würden. Was Ortenberg recht sei, müsse z. B. Ohlsbach billig sein. Besonders müsse noch darauf hingewiesen werden, daß Teilverwaltungsräume, wie z. B. Schutterwald, Durbach-Ebersweier und Hohberg gesetzlich verpflichtet werden sollen, gewisse Arbeiten bei der Stadt durchführen zu lassen (EDV-Kassengeschäfte, Bauamt). Das werde rechtliche und tatsächliche Schwierigkeiten ge-

ben. Die Gemeinden Windschlag und Bohlsbach, die durch die Zielplanung Offenburg zugesprochen werden, hätten die Möglichkeit, sich bis zum Inkrafttreten des Gesetzes noch freiwillig mit der Ortschaftsverfassung und einem Vertrag Offenburg anzuschließen. Dann würden sie (1975) Stadtteile von Offenburg.

Anschließend kam Heitz auf die Funktion der Regionalversammlung zu sprechen, die von den Kreisen der Region beschickt werde (für den Ortenaukreis kommen 20 Delegierte in Frage). Werde der Regionalverband nur planerische Aufgaben haben oder auch Verwaltungsaufgaben? Diese Frage sei noch nicht geklärt. Er selbst sei dafür, daß lediglich Planungsaufgaben Funktion des Regionalverbandes sein könnten. Wenn die Regionalhauptstadt Freiburg der Region Südlicher Oberrhein auch noch alle Verwaltungsaufgaben an sich ziehe, dann sei der Zentralitätsverlust Offenburgs als der Kreis- hauptstadt sehr empfindlich. Wegen dieser Ungewißheit habe Offenburg den Ausbau bestimmter Ämter vorerst einstellen müssen (staatl. Hochbauamt, Landwirtschaftsamt, staatl. Schulamt). Es könne doch nicht der Sinn der Kreisreform sein, daß Freiburg nunmehr alle Ämter an sich ziehe.

Oberbürgermeister Heitz machte im Verlauf seines Referats auch einige Bemerkungen zum städtischen Haushalt. Er sprach dabei zunächst vom Geburtenrückgang, der alle Schulplanungen über den Haufen geworfen hätte. Gastarbeiter würden die Bevölkerungslücke ausfüllen. Ein besonderes Problem sei die Aushungerung der Hauptschule durch den Übergang von 75 v. H. der Grundschüler in die weiterführenden Schulen. Sechs Sexten hätten in diesem Jahr mehr eingerichtet werden müssen. Bei dieser Gelegenheit wies OB Heitz darauf hin, daß 15 000 Schüler Offenburger Schulen besuchen. Und das in einer Stadt mit knapp 50 000 Einwohnern.

Dr. Fuchs, der das Ortenau-Programm der CDU mitbrachte, betonte in seinen Ausführungen, daß er die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien schätze. Die CDU habe viel geleistet, bilde sich aber nicht ein, alles allein geschaffen zu haben. Sie werde auch im neuen Kreistag, das solle das Programm beweisen, mit allen Parteien und Gruppen sachlich zusammenarbeiten. Stadtrat Viol schloß die von Stadtgruppenvorsitzendem Vetter geleitete Versammlung mit dem nochmaligen Aufruf, für eine gute Wahlbeteiligung bei der Kreistagswahl zu sorgen.

sen.